

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Margitta Terborg MdB kommentiert den Koalitionstreit um die Polen-Reise des Bundeskanzlers: Polen sucht echte Partnerschaft.

Seite 1

Annemarie Renger, Bundestagsvizepräsidentin, erläutert die derzeitige Situation der israelischen Arbeiterpartei: Den Dialog intensivieren.

Seite 3

Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB bewertet das Ergebnis des Parteitags der hessischen SPD: Signal des Aufbruchs.

Seite 5

Walter Knauer MdL beleuchtet die Flurbereinigungsverfahren in Bayern: Wo bleibt das neue Flurbereinigungsprogramm?

Seite 6

44. Jahrgang / 131

12. Juli 1989

Polen sucht echte Partnerschaft

Geschwafel und ängstliches Zurückweichen gefährden die Aussöhnung

Von Margitta Terborg MdB

Stellvertretende Vorsitzende der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bonn e.V.

Kein Tag vergeht, an dem wir nicht in unseren Medien den schwierigen Weg der Polen in eine demokratische Gesellschaft nachvollziehen können. Wir diskutieren darüber, ob der Besuch des US-Präsidenten und die mitgebrachten wirtschaftlichen Gastgeschenke für die Polen nun eine Hoffnung oder eine Enttäuschung darstellte. Und dann folgt die offizielle Erklärung aus Bonn, Kohl werde, wenn er denn fahre, ungleich wirksamere Maßnahmen in Aussicht stellen. Aber die Polen bekämen ja nicht den Hals voll und deshalb werde es wohl vor dem Herbst nichts mit der Kanzler-Visite.

Wenn das eine Argument nicht reicht, kann sich am anderen erbauen: Die innenpolitische Lage in Polen sei noch so ungeklärt, die neue Führungsmannschaft noch nicht gefunden, so daß sich schon aus diesem Grunde ein Besuch des Kanzlers zur jetzigen Zeit verbiete. Dennoch, so fügt man dann immer beschwichtigend hinzu, die Regierung wisse um das besondere Verhältnis der Bundesrepublik zu Polen, betrachte die Entwicklung auf politischer Ebene mit unveränderter Genugtuung, sei zur Hilfe bereit, es stimmten nur noch nicht die Einzelheiten.

Im Grunde kann es einem schon herzlich gleichgültig sein, wann der Kanzler reist. Selten ist eine Visite im Vorfeld so gründlich zerschwätzt worden wie diese. Selten hat die bundesdeutsche Außenpolitik einen solch kläglichen Eiertanz vollführt, wie im Augenblick, bis in die höchst delikate Grenzproblematik hinein. Welch hilfloses Herumstammeln in Bonn ob der bayerischen Holzhackerei zu Lasten unseres außenpolitischen Renommées. Da tönt der Waigel Theo, Deutschland bestehe völkerrechtlich in den Grenzen von 1937 weiter. Da warnt der Kohl, er halte eine Neuaufgabe der Grenzdiskussion für nicht hilfreich. Da kontert der Strauß-Epigone, eine

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verwendet Linotype
mit normalen Rohstoffen
Kreuzkopf-Papier



Grenzdiskussion habe er ja gar nicht angefacht und im übrigen nehme er kein Wort zurück. Da zürnt der FDP-Graf, jede Diskussion um eine Veränderung der bestehenden Grenzen mache alle Bemühungen um einen dauerhaften Frieden in Mitteleuropa zunichte und handelt sich prompt das Echo aus München ein, die CSU stehe zu dem Wort ihres Vorsitzenden und bekräftige seinen unbeugsamen Willen. Weiß Gott, hier trampelt eine Elefantenherde im politischen Porzellanladen und präsentiert voll Stolz den angerichteten Scherbenhaufen.

Das alles nur wenige Wochen, nachdem der Deutsche Bundestag quer durch alle Parteien zu einem breiten Konsens in der Ostpolitik gefunden hatte. Die CSU-Aktion riecht danach, aus innenpolitischen Gründen die Gräben wieder aufreißen zu wollen. Da sind keine Maulhelden am Werk, da werden keine belanglosen Sonntagsreden geschwungen - nein hier angelt man mit Borniertheit nach den Stimmen der Bornierten und kümmert sich einen feuchten Kehricht darum, was die Völker Europas von solcher Grenzrhetorik halten.

Der Verdacht keim auf, daß sich die alte deutsche Überheblichkeit in neuem Gewand breit macht. Wie gönnerhaft klingt doch manches, was da vom Rhein zur Weichsel tönt. Woher nehmen manche bei uns die Selbstgewißheit, den Polen sei an Ratschlägen mehr gelegen, als an wirksamer, rascher Hilfe? Was berechtigt einige bei uns zu der Gewißheit, den Polen stehe das Wasser so am Hals, daß sie heute eher bereit seien, deutsche Scharfmacherrhetorik um der lieben DM willen hinzunehmen? Warum glaubt man, ein historisches Datum wie den 1. September achtlos verstreichen lassen zu können? Warum kuschen diejenigen in der Regierung, die die Aussöhnung mit Polen wirklich wollen, vor der bayerischen Lederhosen-Diplomatie?

Wer sich in der deutschen Ostpolitik auf die bahnbrechende Wirkung von Brandts Kniefall in Warschau, auf die ethische Flankierung durch den Bundespräsidenten, auf den guten Willen des Außenministers allein verlassen wollte, übersieht die Wirkung, die krämerhaftes Zögern und angstvolles Zurückweichen vor den Rechten bei den Völkern jenseits unserer Grenzen auslösen.

So richtig es ist, daß niemand den Polen die Last ihres eigenen Weges zu Demokratie und wirtschaftlicher Gesundung abnehmen kann, so richtig ist auch, daß wir ihr Vertrauen auf echte Partnerschaft nicht enttäuschen dürften. Scheitert der polnische Weg an unserem Unvermögen zu handeln und an unserer törichten Sucht, Geschwafel für Realpolitik zu halten, wird das ganze Europa eine Hoffnung verlieren. Wer aber könnte ernsthaft die Verantwortung dafür übernehmen?

(-/12.7.1989/vo-he/st)

Den Dialog intensivieren

Israelische Arbeiterpartei vor schweren Entscheidungen

Von Annemarie Renger
Bundestagsvizepräsidentin

Vor dem vorschnellen Herbeireden einer „Regierungskrise“ in Israel aufgrund des Abstimmungsergebnisses über den Verbleib der Arbeiterpartei in der Regierung ist zu warnen. Den eigentlichen Grund für die erneut aufkommende Diskussion lieferte nicht die Arbeiterpartei, die zwar auch über diese Frage zerstritten ist, sondern der Koalitionspartner vom Likud.

Shamir, Chef des Likud und harter Kämpfer nach innen und außen, hatte zur Überraschung vieler Beobachter der innenpolitischen Szene Israels den parteipolitischen Kampf innerhalb seines Likud-Blockes seinen erklärten Gegnern überlassen.

Sharon und Levy, beide seit langem als mögliche Nachfolger in der Führung des Likud im Gespräch und untereinander zerstritten über die Führungsrolle, hatten durchsetzen können, daß der mit dem Koalitionspartner ausgehandelte Friedensplan, der als die Shamir-Rabin-Initiative bekannt wurde, nachträglich mit Bedingungen befrachtet wurde, die ihn in den Augen vieler als nur noch auf dem Papier existent erscheinen ließen.

Shamirs kampflose Kapitulation vor den innerparteilichen Gegnern löste größtes Erstaunen aus - und zeigte an, daß er nicht der starke Mann der israelischen Politik ist, für den ihn viele halten.

Die Abstimmung im Vorstand der Arbeiterpartei (Ergebnis: 45 für Austritt aus der Koalition; 2 Gegenstimmen; 6 Enthaltungen; stimmberechtigt und anwesend waren alle 120 Mitglieder, aber 67 haben an der Abstimmung gar nicht teilgenommen) ist wohl eher als ein Zeichen dafür zu werten, daß sich die israelischen Freunde in der Arbeiterpartei nicht länger von den Rechten im Likud und außerhalb dieser Partei die mühsam erarbeiteten Konzepte für ein friedliches Zusammenleben von Juden und Arabern in dieser Region des Nahen Ostens zerreden lassen wollen.

Die Tatsache, daß der Likud-Chef Shamir auf der Sitzung seines Zentralkomitees am 5. Juli 1989 vor seinen innerparteilichen Rivalen Sharon und Levy politisch kapituliert hatte, verlangte geradezu von der Arbeiterpartei, ein deutliches Signal an den Koalitionspartner zu senden, um diesen an die gemeinsam verabredete Politik zu erinnern.

Dieser israelische Friedensplan wird - trotz aller gegenwärtigen parteipolitischen Turbulenzen in Israel - von der Mehrheit der Bevölkerung und der Knesset-Mitglieder getragen.

Es gibt deutliche Anzeichen dafür, daß auch von der amerikanischen Seite dieser Plan die notwendige Unterstützung erfährt, um ihn als ein ernsthaft zu beratendes Dokument für die Suche nach einem gerechten Frieden im Nahen Osten zu begreifen.

Auch auf arabisch-palästinensischer Seite wird der Plan in seinen umfassenden Dimensionen einer ernsthaften Prüfung unterzogen.

Neue Koalitionsüberlegungen in Israel, die bei einem Ausscheiden der Arbeiterpartei aus der Regierung notwendig würden, auch Neuwahlen für das Parlament, sind in der gegenwärtigen Phase für einen positiven Fortgang des mühsam in Gang gekommenen Friedensprozesses nicht förderlich.

Unter den gegenwärtigen innenpolitischen Bedingungen, die einen deutlichen Trend in Richtung der kleinen religiös und ethnisch orientierten Parteien signalisieren, kann auch in der Arbeiterpartei kaum davon ausgegangen werden, daß sie bei möglichen Neuwahlen als stärkste Partei mit einem eindeutigen Wählervotum ausgestattet wird.

Viel eher ist zu befürchten, daß die vor einigen Monaten nur mühsam verhinderte Koalition aus Likud, den religiösen Parteien und rechten Splittergruppen zu einer Veränderung der politischen Landschaft Israels führen wird. Eine religiös-nationalistische politische Führung in Israel wird - so befürchte ich - das unter großem innen- wie außenpolitischen Druck stehende Land in eine weitere Isolation treiben, die sich schon in der Vergangenheit als eine schwere Belastung für die Gestaltung einer konstruktiven politischen Alternative erwiesen hat.

Für eine von allen erhoffte, positive Entwicklung in Richtung eines nahöstlichen Friedens würden sich die Perspektiven verdüstern.

Ob die Arbeiterpartei, gegenwärtig noch zerstritten in außen- und innenpolitischen Fragen, in der Rolle einer sich „gesundschrumpfenden Oppositionspartei“ für die gesellschaftliche und politische Entwicklung Israels eine so entscheidende Bedeutung wie in ihrer Einbeziehung in die Regierungsverantwortung hat, darf man wohl bezweifeln. Über diese Frage wird in den nächsten Tagen innerhalb der Arbeiterpartei hoffentlich konstruktiv gestritten. Ob dabei Shimon Peres oder Yitzhak Rabin die politische Oberhand behalten wird, ist sicherlich parteipolitisch von Interesse, letztlich aber doch nur von sekundärer Bedeutung, wenn es der Arbeiterpartei gelingt, eine klare Alternative mit realistischen Realisierungschancen zum rechten Parteienspektrum Israels zu formulieren.

Erst das zu einem späteren Zeitpunkt einzuberufende Zentralkomitee der Arbeiterpartei wird nach gründlicher Überlegung die Entscheidung hierüber zu treffen haben.

Wir können mit unseren Freunden in der Arbeiterpartei unsere politischen Erfahrungen in der Rolle der Opposition austauschen. Gerade jetzt - in schwierigen Zeiten - sollten wir den Dialog mit unseren israelischen Freunden intensivieren.

(-/12.7.1989/vo-he/st)

* * *

Signal des Aufbruchs

In Hessen wurden die Weichen auf die Übernahme der Regierungsverantwortung gestellt

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB

Mit der Wahl von Hans Eichel zum Landesvorsitzenden und zum Kandidaten für das Amt des hessischen Ministerpräsidenten haben die hessischen Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen ihre Entschlossenheit bekundet, 1991 das schwarze Interregnum in Hessen zu beenden.

Die Wahl Hans Eichels und das große Vertrauen, das sich in seinem Wahlergebnis ausdrückt, sind ein Signal des Aufbruchs der hessischen SPD und des personellen und politischen Generationswechsels. Hans Eichel schließt an die guten Traditionen der hessischen SPD an und er steht für die Sensibilität in Fragen der Ökologie, der sozialen Gerechtigkeit, der Friedenspolitik und der Gleichstellung von Frauen. In all diesen Fragen hat er bereits in den 70er Jahren Antworten gesucht und gegeben, die gerade heute tragfähig sind und die über die 90er Jahre hinaus eine Perspektive darstellen. Das ist eine hervorragende Voraussetzung dafür, mit einer realistischen Vision in Hessen wieder politische Mehrheiten zu gewinnen und dem Land wieder eine Regierung zu geben. Denn die Regierung Wallmann findet nicht statt. Sie hat keine Zukunftsvorstellung für das wirtschaftlich starke Land Hessen. Sie ist in Krisensituationen kopflös und handlungsunfähig. Und: Sie hat längst keine Mehrheit mehr im Land. Sowohl bei den Kommunalwahlen im März 89 als auch bei den Europawahlen im Juni 89 lagen CDU und FDP gemeinsam unter 40 Prozent!

Wir werden als SPD dafür sorgen, daß es an jedem der rund 615 Tage, die noch bis zur Landtagswahl vor uns liegen, so bleibt!

Wir in der hessischen SPD krampeln jetzt die Ärmel so richtig hoch und legen los: Wir gehen mit noch mehr Schwung in die Erarbeitung unseres neuen Programms. Dies wird kein Programm, das im kleinen Zirkel von Fachleuten ausgetüftelt wird, sondern es wird ein Programm, das in einem offenen Prozeß in Foren und geöffnet auch für Nicht-Mitglieder der SPD entwickelt wird.

Wir stärken den Landesverband der Hessen-SPD organisatorisch und zwar im Gleichklang mit den Bezirken.

Der Landesverband soll künftig einen organisatorischen Unterbau bis in die Unterbezirke erhalten und in seinem Delegiertenschlüssel ein stärkeres Maß an Repräsentation der SPD-Untergliederungen ermöglichen. Die Voraussetzungen sind geschaffen, die Erwartungen in die Hessen-SPD groß. Wir werden uns mit aller Kraft bemühen, uns dieser Erwartungen würdig zu erweisen.

(-/12.7.1989/vo-he/st)

* * *

Wo bleibt das neue Flurbereinigungsprogramm?

Bremsversuche der bayerischen Ministerialbürokratie

Von Walter Knauer MdL

Der bayerische Landwirtschaftsminister muß endlich ein neues, am Erhalt einer naturnahen Kulturlandschaft orientiertes Flurbereinigungsprogramm vorlegen und dafür sorgen, daß die Flurbereinigungsverfahren künftig auf demokratischer Basis abgewickelt werden. Bisher hat Landwirtschaftsminister Simon Nüssel und die gesamte Staatsregierung die parlamentarischen Initiativen von CSU und SPD ignoriert.

Bereits vor eineinhalb Jahren hatte sich der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Landtag mit einem Bündel von Flurbereinigungsanträgen befaßt. Elf waren von der SPD-Fraktion gestellt worden, zwei kamen aus den Reihen der CSU. Die Abgeordneten wollten erreichen, daß die Ziele der Flurbereinigung auf Grund der geänderten Agrar- und gesellschaftspolitischen Verhältnisse neu abgesteckt werden. Die SPD-Fraktion hatte unter anderem verlangt, daß die Flurbereinigungsmittel nicht wie bisher weitgehend in die Flächenvergrößerung, den Wirtschaftswegebau, den Gewässerausbau und die Dränung sowie Planierung fließen, sondern verstärkt zur Landschaftspflege und für den Naturschutz verwendet werden. Die Sozialdemokraten wollten erreichen, daß mindestens zehn Prozent der Gelder zwingend für diese Ausgaben verwandt werden. Auch sollten nach Meinung der SPD-Fraktion Sanierungsmaßnahmen ergriffen werden, um ökologische Sünden der Vergangenheit - wie die Trockenlegung von Feuchtwiesen - wieder gutzumachen. Schließlich erhielt der SPD-Forderungskatalog Regelungen zur Mitbestimmung und Mitwirkung der betroffenen Landwirte sowie der Bevölkerung an den Flurbereinigungsverfahren.

Der Grund für die Verzögerungstaktik sind die erheblichen Widerstände in der Ministerialbürokratie des Landwirtschaftsministeriums. Die Beamten scheinen noch immer in ihrem traditionellen Denken verhaftet zu sein und die Flurbereinigung nach alter Väter Sitte weiter betreiben zu wollen. Auch das Landwirtschaftsministerium muß endlich einsehen, daß in einer für Umweltfragen sensibler gewordenen Gesellschaft Flurbereinigungsmaßnahmen behutsam angepackt werden müssen.

Ein besonderes Ärgernis sind die von den Flurbereinigungsdirektionen angewandten Abstimmungsmodalitäten zur Ermittlung von Befürwortern und Gegner. Ich verweise nur auf einen Vorgang in der oberfränkischen Gemeinde Pinzberg, der zwischenzeitlich auch zu einer Petition an den Landtag geführt hat. Dort hatte die Behörde nur Grundstückseigentümer im Gemeindebereich zur Abstimmung aufgerufen, dann jeden einzelnen nach seinem Votum befragt und erst danach den Kreis der Stimmberechtigten festgelegt. Die Interessengemeinschaft bayerischer Bauern hatte dieses Verfahren als „Verhöhnung der Demokratie“ bezeichnet und eine geheime Wahl gefordert, an der alle zahlenden Teilnehmer ohne Ansehen von Besitz und Person beteiligt werden.

Derartige Praktiken der unteren Flurbereinigungsbehörden sind nicht akzeptabel, denn sie bringen Unruhe in unsere Dörfer und machen schließlich auch notwendige Flurbereinigungen undurchführbar. Die Flurbereinigung der Zukunft darf nicht mehr nur Erfüllungsgehilfe zur Landbeschaffung sein, um ehrgeizige Maßnahmen der öffentlichen Hand elegant abzuwickeln. Die Flurbereinigung hat vielmehr eine gesellschaftspolitische Aufgabe zu erfüllen, die die Sicherung der bäuerlichen Existenzen ebenso berücksichtigt wie die Erhaltung der Landschaft. (-/12.7.1989/vo-he/st)

* * *